

2018-03-16

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 31.01.2018

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:08 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Beigeordneten und Gäste, stellte die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit neun anwesenden Ausschussmitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Hernig, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, beantragte die Absetzung des TOP 12.3. Die Begründung wurde im Vorfeld der Sitzung ausgereicht (siehe Anlage). Aufgrund weiterer bestehender Änderungsvorschläge zur Hauptsatzung bat er, diese im Fachausschuss zu erarbeiten.

Herr Oberbürgermeister Kuras fragte, ob man durch Sachzwänge bei der Änderung der Hauptsatzung zur Eile gezwungen ist. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, erklärte, dass zur nächsten Arbeitsgruppensitzung bereits eingeladen wurde. Seitens der Verwaltung haben sich aus Sachgründen Änderungsvorschläge ergeben, andererseits ist bekannt, dass das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) derzeit geändert werden soll und sich die Änderungen auf die Hauptsatzung auswirken werden. Der **Oberbürgermeister** empfahl, alle notwendigen Änderungen in einer Beratung zu besprechen.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, verwies auf die ohnehin in 14 Tagen stattfindende Sitzung der Arbeitsgruppe Hauptsatzung. Dort solle die Beschlussvorlage behandelt werden. Fraglich sei, ob der Freien Fraktion Dessau-Roßlau die Zeit reicht. **Frau Nußbeck** schilderte auf Nachfrage von **Herrn Hernig**, dass bereits alle Änderungsvorschläge, so auch die in der Beschlussvorlage

aufgeführten, zusammengetragen wurden. Noch nicht enthalten sind die Änderungen, die sich durch die Überarbeitung des KVG LSA ergeben. Dennoch empfahl sie die Durchführung der Arbeitsgruppen-Sitzung.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke, erinnerte daran, dass alle Fraktionen im Herbst vom Rechtsamt dazu aufgefordert wurden, Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Die Linke sei anscheinend die einzige Fraktion, die reagiert hat. Um die Thematik nicht weiter hinauszuzögern, wurde die Beschlussvorlage eingebracht. Danach wurde bekannt, dass es eine AG Hauptsatzung gibt bzw. wieder einberufen wird. Abgesehen davon, tut der Antrag zur Tagesordnung der Beschlussvorlage nichts, daher könne sie heute bestätigt werden. **Herr Oberbürgermeister Kuras** plädierte ebenfalls zur Behandlung des TOP 12.3. Auf die Belange der Freien Fraktion Dessau-Roßlau solle dann nochmal eingegangen werden.

Herr Dr. Melchior schlug vor, die Hauptsatzung nicht mehrfach zu beraten. Die Beschlussvorlage solle in der AG behandelt werden, dann habe man die Möglichkeit, auf die Entscheidung zur Änderungen des KVG LSA zu warten. Anschließend sollen die Änderung der Hauptsatzung zügig entschieden werden, möglichst noch vor der Kommunalwahl.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, sprach sich für die Beibehaltung des TOP 12.3 aus. Man habe heute die Chance, einen Punkt bereits abzuarbeiten.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, stimmte dem Änderungsvorschlag der Freien Fraktion zu. Es mache keinen Sinn, die Hauptsatzung mehrmals anzufassen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärte, dass es noch lange dauern könne, bis die Änderungen zum KVG LSA entschieden sind. Der Fraktion Die Linke sei es auch in Vorbereitung der nächsten Legislaturperiode wichtig, einzelne Punkte abzuarbeiten, anstatt alles vor sich herzuschieben. Nun habe es sich ergeben, dass die Vorlage parallel zu den Anstrengungen der Verwaltung eingereicht wurde. Unabhängig von den Änderungsvorschlägen der Verwaltung hätte die Fraktion die Thematik angestoßen. Er sei offen für jede Diskussion, aber nicht bereit, es zu verschieben.

Herr Oberbürgermeister Kuras ließ die Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen:

Der Absetzung des TOP 12.3 wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 05:04:00

Herr Schönemann fragte, ob die Beschlussvorlage nun automatisch in die AG-Sitzung aufgenommen wird. **Frau Nußbeck** erklärte, dass diese bereits in die Synopse für die AG-Sitzung aufgenommen wurde.

Herr Schönemann stellte klar, dass der Antrag nach wie vor gültig ist und lediglich vertagt wird. **Herr Oberbürgermeister Kuras** hatte den Eindruck, dass der Beschlussvorschlag breiten Konsens hat.

Weitere Anträge zur Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde mit der genannten Änderung mehrheitlich bestätigt.

Anschließend stellte **Herr Oberbürgermeister Kuras** Nichtöffentlichkeit her.

7 Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2017

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Die Niederschrift vom 23.11.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

8 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gab die in der Sitzung vom 23.11.2017 gefassten nichtöffentlichen Beschlüsse bekannt:

- **Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2017 der Industriehafen Roßlau GmbH (IHR)**
Vorlage: BV/412/2017/II-20BTM
- **Verlängerung der Bestellung des Geschäftsführers der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG)**
Vorlage: BV/418/2017/II-20BTM
- **Übertragung von Abwasseranlagen**
Vorlage: BV/389/2017/II-30
- **Verkauf kommunaler Grundstücke (Vorgärten)**
Einrichtung eines Budgets für kontinuierliche Vermessungsleistungen
Vorlage: BV/275/2017/III-65.

In der gemeinsamen Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses mit dem Ausschuss für Finanzen am 13.12.2017 wurden folgende nichtöffentliche Beschlüsse gefasst:

- **Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2017 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG)**
Vorlage: BV/430/2017/II-20BTM
- **Wirtschaftsplan 2018 der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG)**
Vorlage: BV/443/2017/I-OB
- **Wirtschaftsplan 2018 der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anhalt-Bitterfeld | Dessau | Wittenberg mbH (WFG ABDW)**
Vorlage: BV/444/2017/II-20BTM

9 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Es gab keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum.

10 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 17.30 Uhr

Einwohnerfragen wurden nicht vorgebracht.

11 Öffentliche Anfragen und Informationen

11.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Anfragen und/oder Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

12 Beschlussfassungen

12.1 Unternehmensangelegenheiten Entlastung der Geschäftsführerin der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2016 Vorlage: BV/011/2018/II-20BTM

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.2 Unternehmensangelegenheiten Entlastung des Aufsichtsrates der IVG Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH für das Geschäftsjahr 2016 Vorlage: BV/012/2018/II-20BTM

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.3 Änderung der Hauptsatzung Vorlage: FV/013/2017/StR

Die Änderung der Hauptsatzung wurde abgesetzt und an die Arbeitsgruppe Hauptsatzung verwiesen.

12.4 Integrationskonzept der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/422/2017/I-OB

Einführend erläuterte **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass die Zahl der aufzunehmenden Geflüchteten im Herbst 2015 sehr stark gestiegen war. Die Stadt habe große Anstrengungen unternommen und eine Koordinierungsgruppe Asyl ins Leben gerufen, die auch heute noch existiert. Insbesondere mit der DWG wurde eine dezentrale Unterbringung realisiert. Die Zahl der Geflüchteten hatte sich von Monat zu Monat verdoppelt, sodass kurzfristig überlegt wurde, eine Gemeinschaftsunterkunft herzurichten. Dies wurde sehr kontrovers diskutiert, es gab Demonstrationen. Letztendlich wurde das Gebäude in Roßlau nur für die Unterbringung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen benötigt. Von Anfang an war klar, dass für die Integration eine Legitimation von Maßnahmen sowie Konsens gebraucht wird. Daher wurde frühzeitig damit begonnen, ein Integrationskonzept zu arbeiten. Die Migrantenverbände haben die Verwaltung gebeten, die Stadträte rechtzeitig einzubinden. Insgesamt wurden drei Runde Tische für Migration durchgeführt.

Der Erarbeitungsprozess habe sich dann personell etwas schwierig dargestellt. Man habe sich von der ehemaligen Amtsinhaberin trennen müssen und neu ausgeschrieben. Die Stelle des Integrationskoordinators wurde mit Herrn Altmann besetzt, den er begrüßte. Aus den vorhandenen Bruchstücken des Konzeptes ein ordentliches zu formen, hatte sich schwierig gestaltet. Zunächst musste die Flüchtlingsaufnahme organisiert und sichergestellt werden. Danach stand die Integration im Vordergrund. Herr Altmann habe mit den Grundlagen, die mit den Migrationsverbänden gelegt wurden, gearbeitet und erst in der letzten Stufe die städtischen Ämter beteiligt. Es gab in den Ämtern zu einigen Punkten Vorbehalte bzw. Erklärungsbedarf. Im Ergebnis gab es kleinere Veränderungen. In erster Linie sei es eine Arbeitsgrundlage für die Stadtverwaltung. Die Handlungsbedarfe sind aufgezeigt. Der Oberbürgermeister habe darauf Wert gelegt, dass es auch für die Flüchtlinge selbst den Charakter eines Ratgebers hat, sodass die Betroffenen relativ schnell nachschlagen können, wo sie sich hinwenden können bei Wohnungsbedarf, Barzahlungen, Arbeitssuche, etc. Das Konzept liegt als Entwurf vor und soll als eine ansprechendere Broschüre herausgegeben werden.

Die Verwaltung nehme noch immer monatlich Flüchtlinge auf. Der Familiennachzug für die anerkannten Asylbewerber läuft bereits.

Für eventuelle Rückfragen stehe Herr Altmann zur Verfügung. Im Ausschuss für Gesundheit und Soziales habe das Konzept einstimmige Zustimmung gefunden.

Herr Dr. Melchior, Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, bedankte sich für die Erstellung des Konzeptes, welches er für zustimmungsfähig hält und fragte, in welchem Umfang Integration gelingt. Dies gehe nicht aus der Vorlage hervor. Er wünschte sich ein Monitoring zu Defiziten, der Integration in den Arbeitsmarkt, der Annahme von Sprachkursen und dergleichen, geordnet nach unterschiedlichen Personengruppen und dem Aufenthaltsstatus. Man müsse sich von Zeit zu Zeit vergewissern, wo man steht und ob das Konzept zielführend ist, bestätigte der **Oberbürgermeister**. Hiermit befasst sich die Koordinierungsgruppe Asyl, auch in der Trägerversammlung des Jobcenters wird der aktuelle Stand regelmäßig abgefragt und festgehalten. Aber die Informationen bleiben bisher mehr oder weniger in der Verwaltung, obwohl es keinen Grund gibt, sie geheim zu halten.

Herr Altmann, Integrationskoordinator, erwiderte, dass Integration rein methodisch nicht bemessen werden kann. Man kann nicht messen, wie integriert sich ein

Mensch fühlt. Früher wurde gesagt, der letzte Schritt der Integration sei die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft, weil man damit eingebürgert ist. Es gibt aber auch Studien, die beweisen, dass sich gerade eingebürgerte weniger integriert fühlen als manche ausländischen Staatsbürger. Mit dem Integrationskonzept werde versucht, sich über Handlungsziele der Integration anzunähern. Der Weg der Integration, die wir selbst definieren, wird mit Wirkungszielen verfolgt und kann über einen längerfristigen Zeitraum im Monitoring erfasst werden. Ein typischer Indikator sei die Erwerbslosenquote, aber erfasst werden derzeit nur die Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Da die ausländische Staatsbürgerschaft wissenschaftlich nicht der richtige Indikator ist, geht sein Monitoring weiter: Menschen mit Migrationserfahrung werden erfasst. Integration könne zu dem nur langfristig wirken. Zu messen sei das eigene Verhalten und die eigenen Maßgaben, dies könne als Kontrollorgan berichtet werden. Erfasst werden kann, wie die Stadt Dessau-Roßlau, Krankenorganisationen, etc. mit den Maßgaben umgehen. Die einzelnen Gruppen abzubilden, sei sehr schwer, es gebe über 130 Herkunftskulturen. Man könne nichts verallgemeinern, sondern nur die Bemühungen für Integration darstellen – dies sei Ziel des Konzeptes.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bedankte sich für die Konzepterstellung und wünschte sich die Begleitung dessen, d. h. regelmäßigen Report circa alle zwei Jahre im Stadtrat. Dafür sei der operative Katalog sehr wichtig, weil es die Möglichkeit ist, die eigene Wirksamkeit widerzuspiegeln, so **Herr Altmann**.

Herr Dr. Melchior fragte, ob der operative Katalog tatsächlich erstellt wird. **Herr Altmann** entgegnete, dass dieser in den Grundlagen bereits vorhanden ist, d. h. in den Zielen. Es fehlen noch die Maßnahmen, die die Ämter selbst erfassen. Die Sozialplanung sei auf dem Weg, ebenso die Jugendhilfe- und die Kulturentwicklungsplanung – darin soll das Thema Integration mit eingeflochten werden, um gesamtgesellschaftlich zu wirken. **Herr Oberbürgermeister Kuras** sprach von einem übergreifenden Ansatz, es gebe kaum Ämter im Rathaus, für die Integration keine Aufgabe ist. Ein jährlicher Fortschrittsbericht sei zu überlegen. Das Konzept komme etwas akademisch und wissenschaftlich daher, aber Herr Altmann sei tatsächlich vor Ort aktiv.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bedankte sich ebenfalls für die Fleißarbeit. Einen jährlichen Fortschrittsbericht halte er für wichtig.

Herr Adamek, CDU-Fraktion, berichtete, dass Stadtrat Puttkammer in der CDU-Fraktion sehr aktiv für das Konzept geworben hat, daher erklärte er seine Zustimmung und bedankte sich für die Erarbeitung. Es handle sich um ein fundiertes Schriftwerk. **Herr Oberbürgermeister Kuras** fügte hinzu, dass Herr Puttkammer selbst an dem Konzept mitgewirkt hat.

Dem Integrationskonzept wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.5 Richtungsbeschluss zum Umgang mit der ehemaligen Gemeinschaftsunterkunft Waldstr. 15 in Roßlau
Vorlage: BV/371/2017/III-65

Intensive Beratungen mit dem Ortschaftsrat Roßlau haben stattgefunden, so der **Oberbürgermeister** einfühend. Er erklärte, sehr erfreut über dessen einstimmige Zustimmung zu sein. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, schilderte, dass der vielfältigen Diskussion um die Gemeinschaftsunterkunft ein verbindlicher Rahmen gegeben wurde, auch ein Zeitplan wurde aufgezeigt.

Dem Richtungsbeschluss wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.6 Annahme von Sponsorenleistungen für das Dessauer Wirtschaftsforum 2017
Vorlage: BV/448/2017/I-OB

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.7 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/018/2018/I-OB

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

12.8 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/426/2017/I-OB

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merkte an, dass der Haupt- und Personalausschuss eigentlich nur für Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen oberhalb von 1.000 EUR zuständig ist. Ständig werde abgestimmt über Listen, wo die Einzelbeträge den Wert unterschreiten.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, wies darauf hin, dass es andernfalls noch mehr Beschlussvorlagen wären. Es handle sich hier um eine Verwaltungsvereinbarung, durch die die Zuwendungen zusammengefasst wer-

den. Auch der Gesetzgeber hält die Zusammenfassung von Spenden und dergleichen für ratsam, so der **Oberbürgermeister**. Es diene der Transparenz.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**12.9 Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA
Vorlage: BV/464/2017/I-OB**

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**12.10 Anzeige von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungsangeboten für den Zeitraum vom 01.08.-30.08.2017
Vorlage: BV/360/2017/V-SKD**

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

**12.11 Anzeige von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungsangeboten für den Zeitraum vom 01.09.-30.09.2017
Vorlage: BV/388/2017/V-SKD**

Wortmeldungen wurden nicht vorgebracht.

Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 08:00:00

13 Schließung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Kuras schloss die Sitzung um 19.08 Uhr.

Dessau-Roßlau, 21.03.18

Oberbürgermeister Peter Kuras
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

S. Kahl
Schriftführerin